

Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 27.03.2010

Frau Grässle, warum lehnen Sie als Haushaltspolitikerin den Vorschlag von EU-Außenministerin Catherine Ashton ab?

Was Frau Ashton da vorgelegt hat, wäre ganz fatal für die Europäische Union, weil es einen Bruch mit dem Haushaltsrecht darstellt. Laut den europäischen Verträgen darf nämlich nur die EU-Kommission Geld ausgeben. Nun soll Frau Ashton, die zwar auch Vizepräsidentin der Kommission ist, als Chefin einer eigenständigen Institution das Budget verwalten. Ich sehe darin eine vollständige Vermischung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten.

Sie befürchten einen Verlust parlamentarischer Kontrolle?

Die sehe ich wirklich nicht. Zwar wird uns gesagt, dass Bericht erstattet würde. Mich interessiert aber auch die Frage, wer tritt denn da zurück, wenn etwas passiert? Wem sind die Mitarbeiter aus den Nationalstaaten verantwortlich, wenn sie EU-Geld falsch eingesetzt haben? In Frau Ashtons Vorschlag sind die nächsten Skandale bereits angelegt.

Wurden Sie nicht einbezogen?

Kaum. Da sind Menschen am Werk gewesen, die herzlich wenig Ahnung haben vom Europarecht. Die Finanzkontrolleure sollen sich ganz offensichtlich dem übergeordneten politischen Ziel beugen.

Der Auswärtige Dienst soll eine gemeinsame europäische Außenpolitik organisieren, sagt der Lissaboner Vertrag.

Ja, aber das Ding muss in die Kommission. Zurzeit läuft es auf eine selbständige Organisation hinaus, die auch noch Geld verteilen will - das geht nicht. Wegen 280 Millionen Euro, die bisher die Nationalstaaten im Rahmen der gemeinsamen Außenpolitik zur Verfügung stellen, kann ich nicht die acht Milliarden Euro, die die Kommission pro Jahr in die Entwicklungshilfe und vor allem in die Nachbarschaftspolitik steckt, nicht höchst unklaren Verhältnissen aussetzen.

Die Außenminister beklagen jetzt schon, der Einfluss der Kommission sei zu groß.

Frau Ashtons Vorschlag ist ein großer Kotau vor den Interessen der Regierungen. Im Interesse der Steuerzahler liegt er ganz sicher nicht.

Was werden Sie tun?

Der Auswärtige Dienst wird erst existieren, wenn das Europaparlament das beschließt. Die nationalen Regierungen können zwar alleine einen solchen Dienst ins Leben rufen. Aber wenn wir nicht zustimmen, haben sie kein Geld und keine Leute dafür, sondern nur ein Stück Papier.